

Beschluss des Landrats vom 25.04.2024

Nr. 531

6. Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Schulen 2022/311; Protokoll: mko

Kommissionspräsidentin **Anna-Tina Groelly** (Grüne) führt aus, der Regierungsrat stelle in seiner Antwort zum Postulat fest, dass es an den Schulen gute und zielführende Präventionsprojekte im Bereich sexueller Gewalt gebe und das Krisenmanagement gut aufgestellt sei. Zur Optimierung der Situation sollen die Sensibilisierung für die Thematik von sexuellen Übergriffen und von Cybergrooming verstärkt und die bestehenden Angebote besser bekannt gemacht werden. Zudem sollen Präventionsmassnahmen künftig in den Schulprogrammen der Volksschulen verankert werden.

Eintreten war in der Kommission unbestritten und die Kommission zeigte sich mit dem ausführlichen Bericht grundsätzlich zufrieden. Sie betonte nochmals die zentrale Bedeutung der Präventionsarbeit, denn jedes Kind, das Opfer von sexueller Gewalt wird, ist eines zu viel. Gemäss einer Studie erlebt jedes siebte Kind sexualisierte Gewalt, wobei 97 % der Fälle im nahen Umfeld geschehen. Die Kommission erachtet es zudem als zentral, dass sich die Lehrpersonen mit dem «Handbuch für Sicherheit» an den Schulen auseinandersetzen. Der Bildungsdirektion wurde diesbezüglich als Anregung mitgegeben, ein Modul zu erstellen, mit dem die Schulleitungen das Handbuch zusammen mit den Lehrpersonen anschauen können. Die Rolle der Erziehungsberechtigten wird ebenfalls als zentral angesehen, ebenso dass die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen.

Eine Kommissionsmehrheit sprach sich für Abschreibung des Postulats aus. Eine Kommissionsminderheit argumentierte, dass im Bereich der Prävention noch viel mehr möglich wäre und im Bericht des Regierungsrats konkrete Umsetzungsideen fehlen würden. So könnte zum Beispiel der Präventionsparcours «Mein Körper gehört mir!» für Primarklassen obligatorisch werden, wie das auch von der Opferhilfe empfohlen wird. Gegen den Vorschlag wurde eingewendet, dass es weiterhin in der Verantwortung der Schulleitungen liegen soll, eine Auswahl aus dem riesigen Angebot an Präventionsprojekten zu treffen.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 10:3 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Die SVP-Fraktion stehe laut **Anita Biedert** (SVP) voll und ganz hinter den Erläuterungen des Regierungsrats. Die Sprecherin findet es toll, dass Miriam Locher das Thema nochmals ins Bewusstsein gehoben hat. Man kann die Jugendlichen nicht genug darauf hinweisen. Sie denkt aber, dass mit der Auflistung der Möglichkeiten, die es an der Schule gibt, dem Anliegen Genüge getan ist. Es ist erwähnenswert und sehr positiv, dass der Jugenddienst der Polizei im Jahr 2022 so viele, nämlich 154, Schulkassen besucht hat. Hinzu kommen Flyer, Einzelsettings und das Merkblatt Sexualpädagogik. Die Schulen können aus einer ganzen Liste von Präventionsangeboten auswählen, z. B. das Projekt «Mein Körper gehört mir», Krisenmanagement etc. Es gibt also genügend Angebote. Diese sollten aber ausgeschöpft und genutzt werden. Der Mehrwert von obligatorischen Weiterbildungskursen sieht die Sprecherin nicht wirklich, denn die Schulen sind ganz unterschiedlich aufgestellt und es kommt darauf an, an welchem Ort, in welcher Umgebung und Gemeinde sich die Schulen befinden.

Die SVP-Fraktion unterstützt das Abschreiben des Postulats.

Miriam Locher (SP) dankt ebenfalls für die Ausarbeitung und das Nachliefern von Daten, die an der Kommissionssitzung noch nicht vorlagen.

Ja, es gibt Antworten. Ja, die Übersicht in der Beantwortung, die viele verschiedene Betätigungsfelder aufzeigt, ist wertvoll. Nichtsdestotrotz gehört die Sprecherin zur Kommissionsminderheit, die den Vorstoss noch nicht abschreiben möchte. Einerseits sind für Miriam Locher die Zahlen noch nicht ganz nachvollziehbar. Angesichts dessen, was aus verschiedenen Gemeinden zu hören und zu sehen ist, kann es so nicht ganz «verheben». Auch die Ausarbeitung eines Konzepts wurde im Bericht lediglich erwähnt, aber nicht geprüft. Ein weiterer Punkt ist das Cybergrooming, eine Thematik, die eine immer grössere Rolle spielt, aber lediglich durch eine Information an die Schulleitungen abgedeckt wird.

Die Sensibilität ist vorhanden, was man spürt, wenn man mit der Verwaltung redet; das alleine aber reicht noch nicht, um die Kinder und Jugendlichen präventiv zu begleiten.

Weiter wurde das Handbuch für Sicherheit angesprochen, das auch an der Schule von Miriam Locher zum Einsatz kommt. Es reicht nicht, dass es dieses gibt, denn dieses muss auch umgesetzt werden. In der Beantwortung ist aber zu wenig konkret festgehalten, wie es sich besser umsetzen lässt.

Wie die Kommissionspräsidentin bereits ausführte, ist jedes Kind und jede jugendliche Person, die ein Opfer sexueller Gewalt wird, eine Person zu viel. Im Moment ist es aber auch vom Wohnort abhängig, was gemacht wird. Für die SP-Fraktion ist das Thema zu wichtig, und die Prüfung der Massnahmen noch zu ungenügend, weshalb dafür plädiert wird, den Vorstoss stehenzulassen.

Heinz Lurf (FDP) sagt, dass die drei FDP-Mitglieder in der Kommission sich in der Schlussabstimmung für ein Abschreiben des Postulats ausgesprochen hatten. An diesem Entscheid hält die Fraktion fest. Nach ihrer Einschätzung wurde das Anliegen eingehend geprüft und es liegt ein ausführlicher Bericht über die Abklärungen vor. Auch die Freisinnigen anerkennen die Problematik an den Schulen und setzen sich für mehr Präventionsmassnahmen ein. Im Januar 2023 wurde der Vorstoss an den Regierungsrat überwiesen mit dem Auftrag, geeignete Massnahmen zur Stärkung der Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in den Schulen zu prüfen. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass es an den Schulen bereits gute und zielführende Projekte gebe, und auch das Krisenmanagement in dieser Frage gut aufgestellt sei. Im Bericht des Regierungsrats wird u. a. vorgeschlagen, dass Präventionsmassnahmen künftig in den Schulprogrammen der Volksschule verankert werden. Weitere griffige Massnahmen – wovon die FDP ausgeht – werden folgen. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb einstimmig den Antrag auf Abschreibung des Postulats.

Andrea Heger (EVP) sagt, dass auch die Grüne/EVP-Fraktion es für sehr wichtig erachte, Prävention im Bereich der sexuellen Gewalt zu betreiben und bei übergreifigen Verhaltensweisen im Cyber-Bereich gut hinzuschauen. Der Vorstoss wünschte, Massnahmen zu prüfen und darüber zu berichten. Ihre Fraktion hat den Eindruck, dass in der Kommissionssitzung sehr gut aufgezeigt wurde, was alles machbar ist. Wichtig erscheint ihr, die Massnahmen im Schulprogramm aufzunehmen, wodurch eine Multiplikation erreicht werden kann, so dass sich alle Lehrkräfte damit auseinandersetzen und schauen, was für ihr Schulhaus jeweils gut und machbar ist. Damit lässt sich sehr viel erreichen. Somit ist die Grüne/EVP-Fraktion der Meinung, dass es nun in der Verantwortung der Lehrpersonen und der Schulhäuser vor Ort liegt, ihrem Auftrag nachzukommen. Das Postulat lässt sich abschreiben.

Es ist wohl allen unisono klar, so **Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte), dass sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen einfach nur abscheulich ist. Ebenso erscheint sehr klar, dass alle zum Handeln aufgerufen sind. Ganz besonders die Erziehungsberechtigten, die in dieser Frage in die Pflicht genommen werden müssen. Die Schulen haben aber ebenfalls ihren Beitrag zu

leisten, indem sie bei der Prävention eine wichtige Rolle spielen. Der Regierungsrat hat dargelegt, welche Massnahmen in den Schulen angedacht und möglich sind und auch praktiziert werden. In den Augen der Mitte-Fraktion sind die Schulen im Präventionsbereich gut aufgestellt. Es gibt diverse griffige Massnahmen, wie das Krisenmanagement, die Schulsozialarbeit usw. Der Vorschlag, das Thema im Handbuch mit einem entsprechenden Schulungsmodul zu thematisieren, ist vernünftig. Ganz wichtig erscheinen der Fraktion die Präventionsparcours und der Besuch des polizeilichen Jugenddienstes. Dies sollte regelmässig an den Schulleiterkonferenzen thematisiert werden. Auch könnten öfters öffentliche Anlässe zum Beispiel zum Cybergrooming veranstaltet werden, wie das in Reinach die Schulleitungen zusammen mit den Gemeinden tun. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass Frau Regierungsrätin Gschwind sich weiterhin einsetzt, damit das Thema in den Schulen präsent bleibt. Dafür ist es jedoch nicht nötig, das Postulat stehen zu lassen. Es ist geprüft und es wurde berichtet, weshalb es ihre Fraktion abschreiben wird.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) verdeutlicht, dass das Thema der sexuellen Gewalt an Kindern und Jugendlichen die ganze Gesellschaft betreffe. Aber selbstverständlich sind vor allem die Erziehungsberechtigten stark gefordert und auch die Schulen müssen ihren Beitrag leisten. Miriam Locher sei gesagt, dass das Konzept gegenwärtig in Arbeit ist und vom Amt für Volksschulen zusammen mit der Arbeitsgruppe Prävention und der Schulgesundheitskommission erarbeitet wird. Gerne wird die Direktion das Resultat vorstellen, wenn es vorliegt. Es ist die Aufgabe der Schulleitungen, das Handbuch «Sicherheit an den Schulen» zu thematisieren und den Lehrpersonen näherzubringen. Aufgabe des AVS ist, an den Schulleitungskonferenzen immer wieder darauf hinzuweisen. Regelmässig werden Expertinnen und Experten dazu eingeladen, das Thema zu vertiefen, sei es an den Konferenzen oder den Schulleitungsforen. Die Verbindlichkeit wird dadurch sichergestellt, dass dies in Zukunft im Schulprogramm ausgewiesen werden muss (was im Rahmen des laufend stattfindenden Aufsichtsprozesses überprüft wird). Es wird zwar schon Vieles getan, aber die Verbindlichkeit wird mit diesen Massnahmen nochmals erhöht. Die Votantin bittet deshalb, das Postulat abzuschreiben.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 53:21 Stimmen wird das Postulat 2022/311 abgeschrieben.
